



Kommunalwahlprogramm zur Wahl der Stadtverordnetenversammlung Bad Soden am Taunus

März 2016

Inhalt

Präambel/Leitbild-----	1
Solides und transparentes Haushalten – Finanzen -----	2
Wirtschaftsförderung-----	3
Förderung des Gesundheitsstandortes Bad Soden-----	3
Stadtentwicklung -----	4
Soziales Bad Soden -----	4
Förderung sozialen Wohnraums-----	4
Familienpolitik / Kinderbetreuung und Jugend -----	5
Vereinsleben, Kunst, Kultur und Heimatpflege-----	5
Verkehr-----	6
Sicherheit -----	8
Zuwanderung , Integration und Flüchtlinge-----	9
Gender-Mainstreaming -----	9

Präambel/Leitbild

Die Alternative für Deutschland in Bad Soden am Taunus ist ein neugegründeter Ortsverband aus Bürgern, die sich durch die aktuelle Politik der Altparteien nicht mehr vertreten sehen. Auf Bundesebene werden Gesetze gebrochen, Verträge nicht eingehalten und wesentliche Entscheidungen an Parlament und Bürgern vorbei gefällt. Mittels intransparenter Netzwerke von verschachtelten Regierungsinstanzen und Interessenvertretungen bis hin zur Ebene der Städte und Gemeinden wird angeblich alternativlos über uns, unsere Leistungskraft, unsere Kinder und unsere Zukunft zunehmend dilettantisch verfügt.

Probleme werden solange kleingeredet oder verdeckt, bis diese eskalieren. Dem Bürger werden alle Maßnahmen ohne grundsätzliche und ehrliche Diskussion einfach als „alternativlos“ präsentiert. Jeder vernunftbegabte Mensch weiß jedoch, dass es immer Alternativen gibt und es sich lohnt, diese vorurteilsfrei zu benennen und zu diskutieren. Wer nicht den Mut hat, Probleme anzusprechen, hat auch kein Interesse an einer Lösung!

Wir treten auf kommunaler Ebene erstmals in Bad Soden am Taunus zur Wahl der Stadtverordnetenversammlung an, um unsere Ideen und Alternativvorschläge einzubringen. Auf Grund unserer Unbefangenheit bzgl. langjähriger Projektdiskussionen und sich im Leerlauf drehender Themen wollen wir neue Ansichten, Ideen und frischen Wind ins Stadtparlament einbringen. Wir wollen eine bürgernahe politische Kraft entfalten, die über alle Ebenen von Stadt und Kreis hinweg die erstarrte altparteienbeherrschte Politik ideologiefrei und vernunftbasiert wieder belebt.

In unserer Stadt soll jeder nach seinen Überzeugungen und seiner Religion leben können. Selbstverständlich ist dabei, dass die Menschenrechte, unser Grundgesetz und alle übrigen Gesetze uneingeschränkt gelten und anerkannt werden. Wir erwarten von allen hier lebenden Menschen Respekt vor der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und vor gelebten Traditionen.

Wir treten für einen respektvollen Umgang miteinander, auch mit dem politischen Gegner, ein. Wer die AfD wählt, der sagt JA zur Demokratie.

Solides und transparentes Haushalten – Finanzen

Den Bürgern Bad Sodens soll eine verständliche Übersicht aller Ausgaben und Einnahmen der Stadt offengelegt werden.

Haushalts- und Finanzpolitik ist Generationenpolitik. Wir dürfen nicht auf Kosten der zukünftigen Generationen leben und deren Handlungsspielräume durch einen stetig wachsenden Schuldenberg einschränken. Die Bad Sodener Haushaltszahlen sind erschreckend. Im Haushalt 2016 mussten, trotz Schlüsselzuweisung von 3,5 Mio. Euro aus dem Kommunalen Finanzausgleich, Kredite in Höhe von 5 Mio. Euro aufgenommen werden (Haushaltsplan 2016, Stadt Bad Soden).

Unser Ziel ist es, nachdem die Höhe der Schulden in Bad Soden wieder den Stand von vor 10 Jahren, nämlich 50 Mio. Euro erreicht hat, zu einer nachhaltigen Konsolidierung zurückzukehren.

Gewerbe- und Grundsteuererhöhungen sind dabei stets nur das letzte Mittel. Alle kommunalen Ausgaben sind auf ihren finanziellen und sozialen Nutzen zu überprüfen. Für uns hat dabei die Vereinsförderung aufgrund ihrer wichtigen sozialen Bedeutung eine hohe Priorität. Eine schlanke, leistungsfähige und bürgernahe Verwaltung ist Basis einer soliden Haushaltsführung. Wir treten für einen sachlichen kommunalen Leistungs- und Effektivitätsvergleich mit anderen Gemeinden ein, um ggf. von ihnen lernen zu können.

Die Gemeinde soll die Elementarschule der Demokratie sein, sie wird jedoch in ihrem Freiraum durch zunehmend umfangreichere Pflicht- und Weisungsaufgaben immer weiter eingeschränkt.

Daher halten wir die strikte Beachtung des Konnexitätsprinzips - „wer bestellt, soll bezahlen“ - für vordringlich, um intransparenten Filz aufzulösen und um Bürgerbeteiligung nicht ins Leere laufen zu lassen.

Planungskosten sollten nur dann entstehen, wenn eine konkrete Umsetzung der Pläne realistisch ist. Hier wurde zuletzt leichtfertig mit Geldern umgegangen.

Investitionen müssen ehrlich kalkuliert, in Gesamtaufwand und Nutzen transparent ausgewiesen und objektiv verfolgt werden. Politikern sollte immer bewusst sein, dass sie mit dem Geld der Bürger verantwortungsvoll umgehen müssen. Schulden dürfen nur erlaubt sein, wenn sie

nachweisbar der Verbesserung dienen und in absehbarer Zeit zurückgezahlt werden können.

Wirtschaftsförderung

Wir sehen in einer wiederbelebten Sozialen Marktwirtschaft die beste Möglichkeit, unseren Stand und die Chancen unserer Kinder zu erhalten und bauen deshalb auf die Kräfte eines fairen Wettbewerbs. Wir wollen den Unternehmergeist fördern. Es muss ein hohes Interesse geben, zukunftsfähige Unternehmen, z. B. „Start-Up“-Unternehmen, anzusiedeln.

Mittelstand, Handwerk, Einzelhandel, Gastronomie und Dienstleistungsgewerbe sind auch in Bad Soden unser wirtschaftliches Rückgrat und müssen gestärkt werden.

Die Kommunikation mit den Unternehmen, insbesondere mit denen, die für das Gros der Gewerbesteuerereinnahmen sorgen, muss verbessert werden. Ziel muss sein, die großen Schwankungen in den Gewerbesteuerereinnahmen zu reduzieren und mehr Planungssicherheit zu erreichen.

Förderung des Gesundheitsstandortes Bad Soden

Zu dem anerkennenden und gleichzeitig anspruchsvollen „Bad“ in unserem Namen finden sich in unserer Stadt kaum noch erkennbare Merkmale.

Einhergehend mit der Stärkung der Wirtschaft treten wir explizit für das Wiederaufleben Bad Sodens als Gesundheitsstandort ein.

Vor dem Hintergrund einer immer älter werdenden Bevölkerung und der überdurchschnittlichen Kaufkraft der Einwohner des Main-Taunus-Kreises wollen wir den Gesundheitssektor Bad Sodens stärken. Als sichtbares Zeichen eines Neubeginns schlagen wir vor, ein kleines Gradierwerk und ein Kneippbad zu errichten sowie das Medico Palais-Areal zielorientierter zu nutzen. In rentabler städtischer Trägerschaft kann so für Mitmenschen jeden Alters ein erweitertes Angebot entwickelt werden, wobei auf die spezifischen Bedürfnisse unserer älteren Mitmenschen besonders einzugehen ist. Neben medizinischer Expertise sind z.B. auch Physiotherapie sowie Wellness- und Fitnessangebote denkbar.

Quellen und Trinkbrunnen müssen erhalten und im Rahmen eines Gesamtkonzeptes besser eingebunden werden.

Die Realisierung eines Gesundheitskonzeptes käme nicht nur den nutzenden Menschen zu Gute, sondern förderte neben den medizinischen Dienstleistungen auch Einzelhandel, Gastronomie und Hotel-/Pensionsgewerbe.

Stadtentwicklung

Wir sind für offene Kommunikation und stehen zum Leitspruch „Mut zur Wahrheit“. Kosten für Bauprojekte müssen realistisch und unter Berücksichtigung aller möglichen Folgekosten dem Bürger vorgestellt werden. Wir sind bei Großprojekten, die erheblichen Einfluss auf das Stadtbild sowie den Haushalt der Stadt haben, für direkte Bürgerbeteiligung (Bürgerentscheide).

An den Planungen zum Rathauskarree zeigt sich, wie über Jahre hinweg keine Lösung durch die Altparteien gefunden wurde. Am Ende wird Hals über Kopf „irgendetwas“ schnellstmöglich umgesetzt und dem Bürger wohl wieder einmal als alternativlos präsentiert. Dass diese konzeptlose Politik selbstverständlich zu Mehrkosten führen wird, ist für jeden, der schon gebaut hat, einleuchtend. Solche Schnellschüsse entgegen den Interessen der Bürger lehnen wir daher ab.

Das Projekt 2030 wurde mit Projektierungskosten von 200.000€ und engagierter Bürgerbeteiligung entwickelt, liegt jedoch als Alibi weitgehend still in den Schubladen.

Soziales Bad Soden

Förderung sozialen Wohnraums

Bei Errichtung neuer Flüchtlingsunterkünfte wie aktuell in der Königsteiner Straße 12 und sozialen Wohnraums sollten die Bürger informiert und auch gehört werden. Wir fordern eine gerechte Planung und Zuteilung bei der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Nicht nur Flüchtlinge und Asylbewerber - auch von Altersarmut Betroffene, Schüler, Studenten, Azubis, wie auch Alleinerziehende und junge Familien müssen berücksichtigt werden. Wir akzeptieren nicht, dass für eine Gruppe Gelder zur Verfügung stehen, für andere gleichwohl

finanziell schwache Gruppen aber nicht! Wir stehen für Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit.

Familienpolitik / Kinderbetreuung und Jugend

Die Politik hat bis heute noch nicht begriffen, dass Kinder unser höchstes Gut und einziger Zukunftsgarant für unsere Gesellschaft sind. Auch Bad Soden ist trotz vieler junger Familien keine kinderfreundliche Stadt. Wir setzen uns auf allen Ebenen für eine Förderung von Kindern und Familien ein und möchten, dass Bad Soden über die Stadtgrenzen hinaus dafür bekannt wird. Es müssen für Kinder aller Altersklassen mehr Erzieher/Sozialpädagogen eingestellt werden. Eltern müssen aus mehreren Alternativen/Angeboten auswählen können. Kinder zu bekommen darf kein „Luxus“ oder nur noch für Besserverdienende möglich sein. Wir treten ein für kostenlose Kindergartenplätze für Bad Sodener Familien. Die Kinderbetreuung in den Ferien muss weiter ausgebaut werden.

Wir setzen uns ein für eine Notdienststelle in Form eines Tagesmütternetzwerkes. Es soll eine städtisch koordinierte Einrichtung geschaffen werden, die es Eltern ermöglicht, bei unvorhergesehenen Zwischenfällen ihr Kind jederzeit in Betreuung geben zu können. Damit wäre sichergestellt, dass Kinder in Bad Soden am Taunus jederzeit in Sicherheit professionell versorgt werden. Für Eltern würde dies die Gewissheit einer guten Obhut und ein tatsächliches Zeichen für familienfreundliche Politik bedeuten!

Auch den Jugendlichen in Bad Soden muss mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Als erstes Signal setzen wir uns für einen eigenen überdachten Bereich (Chill-Out-Area) für unsere Jugend ein, bei dem kostenloses W-LAN unter Berücksichtigung des Jugendschutzes zur Verfügung gestellt wird.

Betreuung und ständiger Dialog mit den Jugendlichen in diesem Bereich schafft Vertrauen und fördert einen respektvollen Umgang miteinander.

Vereinsleben, Kunst, Kultur und Heimatpflege

In Bad Soden gibt es ein reges Vereinsleben mit deutlich über 100 Vereinen.

Die mit hohem Engagement der aktiven Vereinsmitglieder ermöglichten Angebote treffen das Interesse unserer Bürger und sorgen für ein auch emotional anregendes und ausgleichendes soziales Leben, das zeitgemäße Identität vermittelt. Wir unterstützen diesen den Heimatbegriff wesentlich ausfüllenden Zusammenhalt, der eine entschiedene Verwurzelung des Einzelnen darstellen kann. Wir wollen, dass diese Wurzeln stark bleiben. Möglichkeiten der kulturellen, gemeinnützigen und sportlichen Betätigung sind die Motivation für unseren Einsatz für Vereine, Kunst und Kultur. Im Zusammenhalt von Fähigkeiten, Tatkraft, Lern- und Hilfswillen sowie sozialem Engagement definiert sich unter anderem auch unsere kulturelle Identität.

Wir begrüßen die Pflege und Intensivierung unserer Städte-Partnerschaften. Die AfD setzt sich für europäische Freundschaften ein, denn wir teilen viele gleiche Werte.

Das Vereinsleben in Bad Soden muss weitergefördert und auch geschützt werden. Wir lehnen daher Eingriffe in die jahrzehntelangen Traditionen und Abläufe ab. Wer das Vereins- und Gesellschaftsleben beschneidet, schadet den Bürgern auf mehreren Ebenen. Dazu gehört auch die zweckentfremdete Nutzung von Sporthallen, denn gerade hier findet die dringend benötigte Integration statt.

Bad Soden ist über die Stadtgrenzen hinaus für sein wunderbares Sommernachtsfest bekannt. Eine Nutzung der Stände/Infrastruktur für das gesamte Wochenende streben wir an.

Auch die Möglichkeit zur Durchführung eines Apfelweinfestes, bei dem die hessische Tradition des Kelterhandwerks in den Mittelpunkt gestellt wird, wird von uns unterstützt.

Verkehr

Die Innenstadt erstickt im Verkehr. In den überaus beengenden Verhältnissen ist weder ein vernünftig-konzeptionelles Sanieren noch ein verbesserndes Wachsen als Gesundheits- und Wirtschaftsstandort denkbar. Hinzu kommt der teilweise marode Zustand vieler Straßen und Gehwege.

Die AfD setzt sich für eine unideologische, sichere und bedarfsgerechte Verkehrsinfrastruktur ein, die die Umwelt möglichst wenig belastet. Ziele sind: Stauvermeidung, Verbesserung der Parksituation für Kraftfahrzeuge

und Fahrräder, Nutzen technischer Entwicklungen, z.B. durch Ladestationen für Elektrofahrzeuge sowie optimierte Verkehrslogistik, z.B. durch Ampelsteuerung, Verkehrslenkung und automatisierte Anzeigen für Parkplätze.

Keine Flickschusterei mehr bei den dringend notwendigen Straßensanierungen.

In Innenstadtbereichen sollen Fußgänger Vorrang haben. Fußgängerzonen sind zu erweitern.

Das Radwegenetz ist auch in Hinblick auf die in Zukunft stark wachsende Bedeutung des Elektrofahrrades zu verbessern und zu erweitern.

Wander- und Joggingwege sind besser zu gestalten, zu erweitern und zu beschildern. Dafür sollte das gesamte Stadtgebiet einschließlich der nordwestlichen Flächen Beidenauer Grund, Heidefeld und Lichtethal genutzt werden.

Zur Verkehrsberuhigung fordern wir Maßnahmen im Innenstadtbereich der Kernstadt, insbesondere einschließlich der Königsteiner Strasse, zur Reduzierung des Durchgangsverkehrs. Zur Entlastung der Parksituation erachten wir den Bau zweier neuer Parkhäuser für notwendig, eines nördlich und eines südlich des alten Kurparks. Das alte Parkhaus am Bahnhof/Busbahnhof liegt mit seiner Zufahrt völlig falsch und verschärft die beengte Situation. Das alte Parkhaus ist vernünftigerweise abzureißen, ein Neubau kann mit deutlich gesteigerter Kapazität unter Nutzung des Areals errichtet werden, wenn Zu- und Abfahrten sich nicht mit dem Busverkehr überschneiden.

In Altenhain ist die Durchfahrt derart beengt, dass zumindest die Langstrasse zu einem nur mit Schrittgeschwindigkeit befahrbaren verkehrsberuhigten Bereich umgestaltet werden muss.

Der Öffentliche Personennahverkehr aus S-Bahn und Bussen muss bedeutend nutzerfreundlicher werden und die Sicherheit der Fahrgäste gewährleisten. Wir setzen uns für eine optimierte zeitliche Taktung, die Abstimmung untereinander sowie die Einbeziehung von bedarfsgerechten und sicheren Sammeltaxi-Fahrten ein.

Sicherheit

Die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten, ist wesentlicher Teil des Vertrages, den der Bürger mit dem Staat per Gesetz abgeschlossen hat und der unter Einbeziehung der äußeren Sicherheit erst ein lebensfähiges Staatswesen begründen kann. Im Übrigen wird der Bürger zwangsweise in überzogenem Maß zur Finanzierung des Staates herangezogen und hat mit seinen Pflichten auch einschlägige Rechte auf Sicherheit von Leib, Leben und Eigentum.

Eine ausgewogene Balance zwischen Prävention und Repression sowie bürgerlichen Freiheitsrechten ist grundlegend für ein friedliches Zusammenleben und Sicherheitsgefühl.

Die Einbruchrate ist in den letzten Jahren signifikant gestiegen. Die effektive Bekämpfung dieses Kriminalitätsbereichs muss durch ein Sicherheitskonzept, welches die Städte und Gemeinden mit der Landespolizei erstellen, umgesetzt und weiter ausgebaut werden.

Als weitere präventive Maßnahme soll auf die Möglichkeit der Subvention von Sicherungseinrichtungen für Privatwohnungen aktiv hingewiesen werden. Die KfW bietet in dieser Verbindung mehrere Förderungsmaßnahmen an, auf die jeder Bad Sodener Bürger aufmerksam gemacht werden sollte.

Die Hilfsfrist in Hessen für den Rettungsdienst, für Notärzte und wird zu 95% erfüllt und muss auch durch Einsatzkräfte der Polizei gewährleistet sein. Dies lässt sich nicht durch weitere Schließungen von Polizeistationen erreichen. Wir treten ein für eine stärkere Bestreifung durch Landespolizei und mehr Präsenz der Ordnungspolizei in Bad Soden am Taunus.

Die Deutsche Bahn mit ihrem eigenen Sicherheitsdienst sowie die Bundespolizei sind verpflichtet, den Schutz auf Bahnanlagen zu gewährleisten. Um dem Gefahrenpotential am Bad Sodener Bahnhof entgegenzutreten, setzt sich die AfD unter anderem für eine zusätzliche Bestreifung der Bahnen inkl. des Bahnhofsgeländes durch die Polizei ein. Dies würde wiederholten Vorfällen am Bahnhof, wie Schlägereien, Drogenhandel, Beschimpfungen und Pöbeleien vorbeugen.

Die Alternative für Deutschland lehnt eine Einschränkung des kulturellen und freiheitlichen Lebens, wie z.B. durch separate Badetage für Frauen oder „Lady Seats“ in Bussen strikt ab! Das stellt in unseren Augen einen durch nichts gerechtfertigten Eingriff in unsere in vielen Jahren

er kämpften Freiheitsrechte dar. Stattdessen müssen diese Rechte verteidigt und durchgesetzt werden.

Zuwanderung , Integration und Flüchtlinge

Die Alternative für Deutschland bekennt sich grundsätzlich zur legalen, an deutsche Interessen geknüpfte Einwanderung. Die derzeitige Form der illegalen Masseneinwanderung lehnen wir aus unserem Demokratieverständnis heraus entschieden ab. Wir sagen prinzipiell Ja zum Schutz konkret politisch Verfolgter (Art. 16a GG) und zu Kriegsflüchtlingen (Genfer Flüchtlingskonvention), ein klares Nein jedoch zum Missbrauch. Wir lehnen eine Asylpolitik auf Kosten des Vereins- und Gesellschaftslebens ab! AfD zu wählen bedeutet, eine offene und unideologische Informationspolitik zu wählen, es bedeutet den Mut zur Wahrheit. Gewaltanwendung jeglicher Art ist zu verurteilen, egal aus welchem extremen politischen Spektrum sie kommt. Die Alternative für Deutschland steht für Rechtsstaatlichkeit.

Integration lässt sich nicht durch Einschränkungen des öffentlichen Lebens erreichen. Nur die Vermittlung deutscher und europäischer Werte an Flüchtlinge ist der Weg, den die Alternative für Deutschland beschreiten wird. Diese Werte müssen aktiv eingefordert werden. Dazu gehört insbesondere das Erlernen der deutschen Sprache, da dies Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Integration ist.

Gender-Mainstreaming

Die Alternative für Deutschland bekennt sich zum traditionellen Familienbild und zur Ehe zwischen Mann und Frau. Wir wollen stabile Familien fördern, um langfristig zu einer selbsterhaltenden Bevölkerungspolitik zurückzufinden. Ehe und Familie stehen unter besonderem Schutz des Grundgesetzes. Anderen Lebensgemeinschaften und sexuellen Orientierungen bringen wir aus Überzeugung Toleranz entgegen.

„Gender Mainstreaming“ soll als anglo-amerikanischer Begriff getarnt eine Art „Gleichberechtigungsplan“ oder Methode sein, vermeintlich diskriminierten Geschlechtern zu mehr „Gerechtigkeit“ zu verhelfen. Diese vorgespiegelte, fast moralisch anmutende Fassade soll über die eigentlichen Ziele hinwegtäuschen.

Unter Gender-Mainstreaming ist tatsächlich die gezielte Dekonstruktion der natürlichen Rollen der Geschlechter Mann und Frau zu verstehen, die über Orientierungslosigkeit in die Auflösung des Familienzusammenhalts führen soll. Gender-Mainstreaming geht im Kern davon aus, dass die eigene Sexualität eine sozial konstruierte, wandelbare Erscheinung ist. Im Rahmen dieser realitätsfernen Ideologie wird auf massive Weise der Versuch betrieben, in die frühkindliche Sexualität der Kinder einzugreifen, um vermeintlich konstruierte Sexualität aufzubrechen und ein Klima der sexuellen Experimentierfreude zu erzeugen.

Die AfD wird sich jedem Versuch entgegensetzen, die Gender-Ideologie in irgendeiner Weise zu implementieren. Daher lehnen wir die Beeinflussung von Verwaltungs- und Erziehungseinrichtungen in Bad Soden durch diese Ideologie strikt ab. Es ist die Aufgabe der Eltern, ihre Kinder zu erziehen und ihnen die richtigen Werte zu vermitteln.